

## GEMEINSAMER BRIEF DER KATHOLISCHEN UND EVANGELISCHEN BISCHÖFE IN BADEN WÜRTTEMBERG AN DIE GEMEINDEN ZU FRAGEN DER KERNENERGIE

Die Vorgänge in Brokdorf machten wieder einmal sichtbar, wie Gewalt und Gegengewalt sich gegenseitig steigern in einem Teufelskreis, der am Ende Vernunft und Augenmaß vernichtet. Inzwischen gab es auch schon eine erste Demonstration gegen das geplante Kernkraftwerk Neckarwestheim II. Aus Wyhl ist zu hören, daß Gegner des dortigen Projekts neue Aktionen erwägen, falls ihr Einspruch durch das Verwaltungsgericht abgewiesen werden sollte.

Angesichts solcher Vorgänge wenden wir uns an unsere Mitarbeiter, insbesondere an die Pfarrer, und an alle Gemeindeglieder. Ohne Zweifel ist die überwiegende Mehrheit derer, die den Bau von Kernkraftwerken ablehnen, bestimmt durch die Sorge, daß unsere Umwelt in nicht wieder gutzumachender Weise gefährdet und menschliches Erbgut unwiderruflich geschädigt wird. Wir teilen diese Sorge. Der Mensch ist Gott verantwortlich für das, was er aus dieser Welt macht. Er darf nicht, um einem augenblicklichen Notstand zu begegnen, die Schöpfung ausbeuten und möglicherweise für Jahrtausende vergiften.

Ob die Kernenergie diese Folge nach sich zieht, ist eine Frage, die, so sehr sie uns bedrängt, von den Kirchenleitungen nicht verbindlich beantwortet werden kann. Wohl aber stellen wir fest, daß die hierüber vorliegenden Fachgutachten nicht übereinstimmen. Der Energiebedarf scheint sich nicht exakt berechnen zu lassen. Ähnliches gilt für den Umfang der vorhandenen Energiequellen. Für Transport, Wiederaufbereitung und Zwischenlagerung der radioaktiven Materialien sind zwar kurzfristige Übergangslösungen gefunden. Ob aber eine zufriedenstellende endgültige Lösung in den nächsten Jahren gefunden wird, ist noch nicht sicher. Was wird sein, wenn diese Erwartung sich als trügerisch erweisen sollte!

Darum können wir nicht abseits stehen, auch wenn wir in technischen und wirtschaftlichen Einzelfragen nicht kompetent sind. Wir sind mit der Landesregierung im Gespräch, vor allem über Sicherheitsfragen der Kernenergie, und werden mit Vertretern der Wirtschaft sprechen, vor allem über die Erschließung anderer Energiequellen und bessere Nutzung der vorhandenen. An unsere Gemeinden aber richten wir die dringende Bitte:

- Konzentrieren Sie alle Ihre Kräfte auf friedliche Lösungen der Konflikte! Auf Gewalt ruht kein Segen. Wer Gewalt übt, öffnet dem Chaos Tür und Tor.
- Respektieren Sie das Urteil des Gerichts. Wer sich über ein Gerichtsurteil hinwegsetzt, trägt dazu bei, daß an die Stelle der Rechtsordnung die Willkür tritt. Daran darf kein Christ interessiert sein. Wo Sie aus Gewissensgründen widersprechen, muß dies im Rahmen der von der Verfassung gezogenen Grenzen geschehen.
- Bleiben Sie nüchtern gegenüber jeglicher Schwarzmalerei, von welcher Seite auch immer sie erfolgt. Es ist nicht wahr, daß eine Katastrophe unvermeidlich ist. Es ist auch nicht wahr, daß ohne Kernenergie zwangsläufig die Lichter ausgehen. Lassen Sie sich ebensowenig beeindrucken von der Fortschritts-gläubigkeit, die blind ist für die Risiken eines bedenkenlosen Wirtschaftswachstums!
- Das Tragen von kirchlicher Amtstracht außerhalb des Gottesdienstes, z. B. bei einer Demonstration, ist nicht geeignet, Argumente zu verdeutlichen, und gibt erfahrungsgemäß Anlaß zu mancherlei Mißverständnissen. Es muß deshalb unterbleiben.
- Im übrigen ist ein neues Energiebewußtsein unabdingbar. Gehen Sie verantwortungsbewußt um mit Strom und jeder anderen Energie! Beachtenswerten Berechnungen zufolge würde in den kommenden Jahren die Energielücke nicht in dem befürchteten Umfang entstehen, wenn schon in den Haushalten und öffentlichen Gebäuden die Energie rationeller verwendet und nicht durch Unachtsamkeit vergeudet würde. Wahrscheinlich müßte die Industrie ihren Energieverbrauch nicht einschränken und damit auch auf keine Arbeitsplätze verzichten, wenn es gelänge, die Haushalte zu einem sorgsamem Umgang mit Energie zu bewegen. Dazu kann jeder an seiner Stelle mithelfen.

Die Frage der Kernenergie muß in einem größeren Zusammenhang gesehen werden. Die Menschheit befindet sich in einer entscheidenden Stunde ihrer Geschichte. Was immer wir tun, wir stellen damit eine

Weiche, auch für andere. Wenn wir eine lebenswerte, menschenwürdige Zukunft wollen, müssen wir einen neuen Stil des gegenseitigen Umgangs gewinnen. Gefordert ist:

- Mehr Information – mehr Selbstkritik – mehr Achtung vor dem Andersdenkenden – mehr Eigeninitiative – mehr Sinn für das Gemeinwohl – mehr Rücksicht auf die kommenden Generationen.

Zugleich geht es um das Hegen und Pflegen der dem Menschen anvertrauten Schöpfung. Unser Herr Jesus Christus hat uns dazu befreit und verpflichtet.

Stuttgart, 15. Februar 1977

Georg Moser,  
Bischof von Rottenburg

Hermann Schäufele,  
Erzbischof von Freiburg

Hans-Wolfgang Heidland,  
Landesbischof Karlsruhe

Helmut Claß,  
Landesbischof Stuttgart

## Verpflichtung

Die schleswig-holsteinische evangelische Landessynode beschloß Ende November 1976:

„Gott hat den Menschen den Auftrag gegeben, die Erde zu bebauen und zu bewahren. Dieser Auftrag verpflichtet uns Christen, zu den Vorgängen in Brokdorf Stellung zu nehmen. Die Landessynode kann in der Sache zur Zeit nicht beurteilen, ob es richtig oder falsch ist, Kernkraftwerke zu errichten. Viele sind in dieser Frage unsicher und fürchten, daß beim Betrieb von Kernkraftwerken Gefahren für den Menschen und ihren Lebensraum nicht auszuschließen sind; die Lagerung des Atommülls be-

drückt dabei als besonderes Problem. Andere fürchten eine empfindliche Lücke in der Energieversorgung der achtziger Jahre.

Wir bedauern, daß die Grenzen des Wachstums, die Belastbarkeit der Natur und die Folgen unbeschränkter industrieller Entfaltung mit ihren Risiken offenbar nicht hinreichend erörtert worden sind. Deshalb fordern wir alle Verantwortlichen auf, vor weitere Entscheidungen und Aktionen Besinnung treten zu lassen und in sachlicher Form ohne Angst und Druck die Konsequenzen des Für und Wider abzuwägen.

Bei weiteren Auseinandersetzungen sollte der Versuch unterbleiben, alle Gegner von Kernkraftwerken als Staatsfeinde, Störenfriede oder Linksradikale

zu verdächtigen sowie angemessene staatliche Ordnungsmaßnahmen zu verurteilen.

Die Synode sieht den Auftrag unserer Kirche darin, die Beteiligten miteinander ins Gespräch zu bringen und die Gemeinden mit ihrem Glaubenszeugnis in diesen Dialog einzubeziehen.

Über den aktuellen Anlaß hinaus sollten wir als Christen die Frage nach den Grenzen des Wachstums, nach der Erhaltung der Natur, nach dem Sinn des Fortschritts und dem Teilhaben aller Menschen am Fortschritt neu durchdenken und in den Gremien unserer Kirche beraten.“

in: Publik-Forum, 21.1.77

## US-Atommüll

Die Gesamtkosten für das Programm der Endlagerung des Atommülls aus dem Kernkraftwerksbetrieb innerhalb den USA, der im Jahre 2000 rund 10 000 Kubikmeter erreichen wird, werden derzeit über zwei Milliarden Dollar (fünf Milliarden DM) veranschlagt. Beamte der Atomenergiebehörde schätzen die Kosten der Endlagerung des Atommülls allein aus der Atombombenproduktion bis zum Jahre 2000 mit 300 000 Kubikmeter noch weit höher, nämlich auf 20 Milliarden Dollar (rund 50 Milliarden DM). — Die Behörde hofft, daß sie 1977 mit Bohrungen in 13 amerikanischen Bundesstaaten beginnen kann, um geeignete Deponien für den Atommüll zu finden. Sie erwartet, daß die erste 1985 und weitere sechs bis 1990 in Betrieb kommen werden.

in: P.-F. 18.2.77

## US-Lieferstopp für Uran

Die USA, Westeuropas Monopol-Lieferant für hochangereichertes Uran, haben den Mitgliedstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) unter Einschluß der Bundesrepublik seit Mitte 1976 kein Gramm des für Forschungsreaktoren benö-

tigten Brennstoffes mehr geliefert, teilten die Hanauer Privatfirma Nukem, Euratoms führender Importeur hochangereicherter Urans und Hauptexporteur von Brennstoffelementen, sowie das Forschungsministerium in Bonn übereinstimmend mit. Die Nukemvorräte seien für 1977 noch ausreichend. Eine kritische Versorgungslage könne erst 1978 eintreten. Der amerikanische Lieferstopp wird mit dem Regierungswechsel in Washington in Verbindung gebracht.

## Atomstrom wird teuer

Atomstrom wird teuer, wenn die Elektrizitätsindustrie mit dem Müll- und Wiederaufbereitungsproblem finanziell sich selbst überlassen bliebe.

Nach Berechnungen belaufen sich dann die Kosten für Atomstrom auf 20 bis 25 Pfennig pro kWh.

in: P.-F. 4.2.77

**Jimmy Carter**, Präsident der USA: „Wir müssen unsere Abhängigkeit von der Atomkraft so klein wie möglich halten.“

**Eduard Pestel**, Professor für Mechanik, designierter Wissenschaftsminister in Hannover, Systemanalytiker, Berichterstatter des „Clubs of Rom“, ist ein erklärter Kernkraftwerksgegner. Pestel vertritt energiepolitisch eine weltweite „Drei-Phasen-Lösung“: Kurzfristig (für 10 Jahre) das Erdöl als Hauptenergieträger zu verwenden, mittelfristig (nach 10 bis zu 25 Jahren) die Kohleförderung (auch -Verflüssigung und -Vergasung) zu forcieren und langfristig (in der Forschung aber schon heute) auf Sonnenenergie umzuschalten, durch weitläufige Sonnenenergiefarmen. Pestel: „Wir brauchen ein Prozent der Erdoberfläche, um 200 Milliarden Tonnen Erdöl einzusparen.“

**Klaus Barthel**, Vorstandsvorsitzender der Kraftwerk Union AG (KWU): „Die Bedingungen, unter denen wir heute hierzulande die Kernenergie einsetzen, sind so ausgewogen und kontrolliert, daß es zu tiefst verantwortbar ist, Kernkraftwerke zu bauen.“ Dagegen **John Gofman**, amerikanischer Physiker und Strahlenmediziner: „Wenn eine Wiederaufbereitungsanlage (in der BRD, die Red.), sei es durch Sabotage oder technische Mängel, total zerstört würde, erübrigte sich jede weitere Maßnahme in Mitteleuropa.“

in: P.-F., 4.2.77